



Deine Stimme zählt!



Liebe Kolleginnen und Kollegen, am 21. 6. 2016 ist der offizielle Termin der Personalratswahl 2016, für die meisten infolge Anordnung schriftlicher Stimmabgabe bereits früher. Wir bitten Euch herzlich, geht zur Wahl und macht von Eurem Stimmrecht Gebrauch! Personalräte brauchen ein starkes Mandat – je mehr Stimmen, desto besser, denn so wird die Verhandlungsposition gegenüber dem Dienstherrn gestärkt. Es ist ein Unterschied, ob ich z. B. nur von 10% der Beschäftigten legitimiert bin oder eben von 90%.

Oft wird argumentiert, dass man den Personalrat nicht benötigen würde. Das ist ein Trugschluss – denn irgendwann kommt für jeden der Zeitpunkt, wo er Hilfe braucht. Kollegiale Hilfe, souverän und mit Rückendeckung einer starken Gewerkschaft. Der Personalrat als Kollege/-in vor Ort ist das Bindeglied zu den Berufsvertretungen. Während sich der Personalrat um die Dinge in seinem Verband bzw. im Hauptpersonalrat des Innenministeriums kümmert, trägt er erkannte Probleme nach oben und die Gewerkschaften verhandeln dann mit der Politik. Alles, was wir fordern, um die Arbeitsbedingungen und die finanzielle Situation aller Polizeibeschäftigten zu verbessern, kostet letztlich Geld – das Geld des Steuer-

zahlers. Die notwendigen Finanzmittel stellt der Landtag zur Verfügung, indem entsprechend im Doppelhaushalt die entsprechenden Ausgabenteile finanziell unterfüttert werden. Deshalb braucht es starke Gewerkschaften, deshalb bittet Euch die GdP um Eure Stimme.

Was fordern wir im Beamtenbereich? Nun, neben einer guten Sachausstattung sowie zweckmäßigen Dienstgebäuden ist das auch eine bessere Bezahlung für die Polizeibeamten/-innen. Eine Polizeizulage von 300 € wäre eine Anerkennung für die deutlich gestiegene Arbeits- und Einsatzbelastung. Die Anhebung des DUZ auf zumindest 5 € ist eine alte GdP-Forderung und muss endlich im nächsten DHH erreicht werden. Und natürlich müssen angesichts der langen Warteschlangen bei den Beförderungen nach A 9 +Z, A 11 (2. QE) und A 12 (3. QE) weitere Stellenhebungen erreicht werden. Nachdem Finanzminister Söder bereits die Parole ausgegeben hat „Keine Stellenhebungen angesichts der Haushaltsrisiken i. S. Flüchtlinge“ werden wir hier wohl viele Gespräche führen und „dicke Bretter bohren“ müssen. Angesichts der gestiegenen Einsatz- und Arbeitsbelastung brauchen wir auch weitere personelle Verstärkung. Ihr seht, es gibt viel zu tun. Deshalb gebt uns Eure Stimme, wählt die Liste der **Gewerkschaft der Polizei** – Eure Stimmen sind das Mandat für uns und stärken unsere Verhandlungsposition.

Auch im leider sträflich vernachlässigten Tarifbereich gibt es „Baustellen“, an denen wir weiterarbeiten und Verbesserungen erreichen wollen. Unsere Forderungen sind:

- ein solider Tarifvertrag für die Möglichkeit zur Altersteilzeit
- Aufhebung der Wiederbesetzungssperre
- Höhergruppierungen für verdiente Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
- deutliche Stellenmehrung
- Leistungsprämien und -zulagen



- Ausgleich von finanziellen Verlusten bei längerer Erkrankung durch Krankengeldzuschuss für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
- Herabsenkung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich
- Abschaffung von befristeten Arbeitsverhältnissen
- Urlaubsregelung analog dem Beamtenbereich
- Anrechnung von Wechselschichtdienst auf die Rente
- Nachtarbeit ab 20 Uhr

Bitte vergesst nicht: Die Gewerkschaft der Polizei sitzt als einzige Polizeigewerkschaft bei den Tarifverhandlungen **direkt** mit am Verhandlungstisch.

Damit wir eine gute Personalratsarbeit machen und Eure Forderungen an die Politik gut vertreten können, gebt uns Eure Stimmen, in jedem Fall die Listen mit den **GdP-Kandidaten** ankreuzen!

Es grüßen Euch

Peter Schall,
Landesvorsitzender

Karin Peintinger,
Stellv. Landesvorsitzende



Rechnet hier jemand falsch?

Peter Pytlik und Wolfgang Ligotzky zur Personalsituation der bayerischen Polizei



Wer kennt ihn nicht, den oft gehörten Satz unseres Innenministers?

„Die bayerische Polizei hat aktuell so viel Personal wie nie zuvor!“

Nehmen wir diese Behauptung doch mal etwas näher unter die Lupe:

Wenn unser Innenminister die Anzahl der Köpfe meint, dann hat er recht. Es teilen sich aber teilweise bis zu drei Köpfe eine Planstelle. Wegen Teilzeit, Elternzeit und häuslicher Pflege haben wir zwar faktisch mehr Köpfe, aber in der Summe gehen uns hierdurch 3000 Stellen ab.

In den vergangenen Jahrzehnten, hat die Polizei immer auf neue Kriminalitätsformen und einsatztaktische Erfordernisse reagiert und hierzu nicht die erforderlichen Planstellen zur Verfügung gestellt bekommen.

Die zweifelsohne mehr als erforderlichen Sondereinheiten (z. B. Einsatzzüge, Zivile Einsatzgruppen, Rauschgifteinsatzgruppen usw.) wurden aus den vorhandenen Planstellen „geschnitzt“ und gehen den Dienststellen vor Ort ab.

Es sind bis dato ca. 3000 Planstellen nicht etatisiert und somit klappt der Unterschied zwischen Soll und Ist in den Dienststellen immer weiter auseinander.

Das führt dazu, dass in vielen Dienststellen in Bayern der Schichtdienst nur noch mit Müh und Not aufrechterhalten werden kann. Die Verfügungsgruppen ächzen gleichermaßen unter der Personalknappheit. Auf manchen Dienststellen sind sie faktisch nicht mehr vorhanden.

Wir fassen zusammen: Wir sind bis jetzt bei 6000 fehlenden Polizisten.

Nun verkündet unser Innenminister auch noch, dass bis zum Jahr 2025



ganze 10 000 neue Polizistinnen und Polizisten eingestellt werden sollen. Da bis zu diesem Zeitpunkt 10 350 Kolleginnen und Kollegen in den wohlverdienten Ruhestand gehen, ist das wohl in die falsche Richtung gerechnet.

Soll uns diese Ankündigung auch noch sagen, dass mit der Etatisierung der o. g. 3000 Sollstellen bis 2025 wieder nichts vorwärts geht? Und dass man auch keinen Ausgleich für die Teilzeitkräfte bereitstellen wird?

Die Gewerkschaft der Polizei fordert 15 000 Einstellungen bis 2025 und endlich die Etatisierung der Sondereinstellungen, damit für den normalen Streifenpolizisten, der dem Bürger am nächsten ist, wieder ein normales Arbeiten möglich ist.

Eine Bitte, lieber Herr Innenminister, hätten wir da noch an Sie:

Die bayerische Polizei kann den Satz, dass wir so viele sind wie nie, nicht mehr hören. Erfüllen Sie unsere Forderung, dann dürfen Sie ihn gerne wieder verwenden ;)

REDAKTIONSSCHLUSS

Der Redaktionsschluss für die Ausgabe Juli 2016 ist am 3. Juni 2016. Zuschriften bitte an die Redaktion.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Bayern**
Internet: www.gdpbayern.de

Geschäftsstelle:
Hansastraße 17/II, 80686 München
Telefon (0 89) 57 83 88-01
Telefax (0 89) 57 83 88-10

Redaktion:
Thomas Bentele
Hansastr. 17
80686 München
Telefon (01 51) 58 54 47 04
E-Mail: redaktion@gdpbayern.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-639X



AUS DEM LANDESBEZIRK

Auftakt der Kampagne „Wir brauchen Verstärkung“ in Bayern

Immer mehr Aufgaben mit immer weniger Personal – für die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist es fünf nach zwölf. Deshalb hat sie bundesweit eine Kampagne für mehr Polizisten und mehr Sicherheit unter dem Motto „Wir brauchen Verstärkung“ gestartet. In Bayern fand der Auftakt der Kampagne am 26. 4. 2016 in München statt. Dabei setzten wir auch ein sog. Litomobil, eine fahrende Litfaßsäule ein, um großflächig Aufmerksamkeit zu erregen.

„Die Polizei ist am Limit. Wohnungseinbrüche, zunehmende Internetkriminalität, Gewalt bei Demonstrationen und Fußballspielen – die Polizei macht was sie kann, aber so geht es auf Dauer nicht weiter. 16 000 Stellen wurden bundesweit in den letzten Jahren bei der Polizei gestrichen, um Haushaltslöcher zu stopfen.

Auch die aktuelle Erhöhung der Einstellungszahlen gleicht die Streichungen der zurückliegenden Jahre nicht aus, sondern ist ausschließlich der Flüchtlingsproblematik und der terroristischen Bedrohung geschuldet. Damit muss Schluss sein. Es müssen wieder nachhaltig mehr Polizistinnen und Polizisten eingestellt werden, um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, fordert der Landesvorsitzende der GdP, Peter Schall. Die bereits angekündigten zusätzlichen 600 Stellen für Polizeivollzug und Verfassungsschutz und 80 Tarifstellen in Bayern sind der erste Schritt in die richtige Richtung. Wir brauchen aber ein nachhaltiges Personalkonzept 2025, das nicht nur die Pensionsab-

gänge ausgleicht, um für unsere Bürger die Sicherheit zu gewährleisten, die ihnen zusteht. Die zusätzlichen Einstellungen dienen lediglich der Kompensation neuer Aufgaben.

Unser Innenminister verkündet immer wieder, wie gut die Polizei derzeit aufgestellt ist. Das stimmt, wenn man die Zahl der Köpfe zählt. Nie war aber der Teilzeitanteil so hoch wie heute und nie waren so viele Beamte wie jetzt nicht mehr voll dienstfähig. Somit leisten immer weniger Polizisten tatsächlich Dienst auf der Straße.

Beispiel Wohnungseinbruchsdiebstahl

Ein Schwerpunktthema der Kampagne ist die zunehmende Zahl der Wohnungseinbrüche. 162 000 Einbrüche gab es im vergangenen Jahr bundesweit – der höchste Wert seit 18 Jahren. Auch in Bayern wurde im letzten Jahr 7480-mal in Wohnungen eingebrochen. Vor allem die psychischen Folgen sind eine enorme Belastung für die Opfer. Es sind überwiegend Banden aus Osteuropa, die im großen Stil in Wohnungen einsteigen. Wir müssen uns international besser vernetzen und den Informationsaustausch vorantreiben. Dabei geht es



auch um nachhaltige Strukturermittlungen, die sehr zeit- und personalintensiv sind, um in die inneren Kreise dieser kriminellen Organisationen vordringen zu können.

Natürlich steigt die Arbeitsbelastung der Kolleginnen und Kollegen durch die hohen Flüchtlingszahlen und die Terrorbedrohung. Aber auch ohne Flüchtlinge und ohne Terror hätten wir viel zu wenig Personal.

Mit den Möglichkeiten auf der Internetseite www.wir-brauchen-verstaerkung.info appellieren wir an die Bürgerinnen und Bürger, die automatische E-Mail-Funktion zu nutzen und per Mausclick den Bundes- und Landtagsabgeordneten ihres Wohnortes eine vorgefertigte E-Mail mit der Forderung nach mehr Personal bei der Polizei zustellen zu lassen.

(TBe)

Hundertschaftstreffen: 45 Jahre 13. BPH Nürnberg am Samstag und Sonntag, 15./16. Oktober 2016

Zum 45-jährigen Jubiläum treffen sich die ehemaligen Angehörigen der 13. Hundertschaft, **Einstellungsdatum 4. 10. 1971**, am Samstag, 15. Oktober 2016, ab 14 Uhr in der IV. Polizeiabteilung Nürnberg, Kornburger Straße 60 (Kantine oder Hundertschaft – Eintreffen bis 14 Uhr). Die damaligen Stamm- bzw. Ausbildungsbeamten sind ebenso herzlich eingeladen. Übernachtungsmöglichkeiten können auf Wunsch in der Unterkunft bereitgestellt werden.

Anmeldungen bitte, soweit noch nicht geschehen, unmittelbar nach der Veröffentlichung an:

Rudi Kraus, 90602 Pyrbaum, Rosenweg 11, Tel. 0 91 80/22 27,
E-Mail: kraus.pyrbaum@freenet.de
bzw.

Josef Herzog, 94315 Straubing, Bajuwarenstraße 20, Tel. 01 71/8 72 00 77,
E-Mail: herzog-straubing@t-online.de

Die Seniorenbeauftragten der KGs werden gebeten, den Termin bei Pensionistentreffen bekannt zu geben.



Podiumsdiskussion „Quo vadis, bayerische Polizei?“ in Erding



Hochkarätig besetzt war die Diskussionsrunde „Quo vadis, bayerische Polizei?“ zu der die KG Erding zusammen mit dem BDK am 11. 4. 2016 im Erdinger Weissbräu eingeladen hatte.

Neben dem Vorsitzenden des Innenausschusses im Bayerischen Landtag, MdL Florian Herrmann, und dem Inspekteur der bayerischen Polizei, Thomas Hampel, hatten sich noch der GdP-Landesvorsitzende Peter Schall und der BDK-Landesvorsitzende Hans Wengenmeir eingefunden. Moderiert wurde die Debatte von Hans Moritz, Redakteur beim Erdinger Anzeiger.

Erfreulich war die bunte Mischung der Zuhörer und Fragesteller: Neben dem Präsidenten des PP Oberbayern Nord, Herrn Kimmelzwinger, und dessen Stellvertreter, Herrn Gietl, ließen es sich auch einige Dienststellenleiter, aber auch die Basis aus den Bereichen S und K sowie Tarifangestellte und Pensionisten nicht nehmen, die Veranstaltung zu besuchen.

So war die Grundlage für interessante und unterhaltsame zwei Stunden gegeben. An Themen mangelte es nicht: Die neuen Arbeitszeiten bei den Schichtbeamten, die Vergütung bei Dienst zu ungünstigen Zeiten, der Personalbedarf, die Gewinnung von Nachwuchs und dessen Ausbildung, der Alterskegel bei der Kriminalpolizei, die Beförderungssituation, der Stau im Hochbau (Polizeigebäude), die Ausrüstung, das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung usw.

Nicht zuletzt durch die teilweise provokanten, aber nie verletzenden Fragen des Moderators, wie z. B. nach dem Sinn von Grenzkontrollen, wenn jeder Radiohörer aufgrund der Staumeldung sofort weiß, an welchem Übergang nicht kontrolliert wird, war es ein sehr kurzweiliger Abend. Es soll hier auch nicht auf die einzelnen

Themen eingegangen werden. Die Positionen der Gewerkschaft sind dem Leser dieser Zeitschrift ja hinlänglich bekannt.

Interessanter ist es, sich damit zu beschäftigen, welchen Sinn eine derartige Veranstaltung

macht. Dazu ist es nötig, sich vor Augen zu führen, welchen Zweck eine Diskussion hat: In einer Diskussion geht es darum, ein Thema zu untersuchen, indem die Teilnehmer ihre Argumente vortragen. Es geht nicht darum, den anderen zu überzeugen, sondern es soll versucht werden, mittels eines Kompromisses eine Lösung zu finden oder zu der Einsicht zu gelangen, dass verschiedenen Meinungen herrschen. Bei Letzterem gibt die Diskussion also die Möglichkeit, den Standpunkt des anderen kennenzulernen und Sachverhalte aus einem anderen Blickwinkel zu betrachten.

Interessant war es nun zu erkennen, dass die Meinungen der Diskussionsteilnehmer oft konform waren: Ja, es ist hinsichtlich der Personalstärke ein Problem, dass so viele Polizisten – männlich wie weiblich – in Teilzeit arbeiten, und ja, 5 Euro DUZ sind angemessen, selbstverständlich bedürfen viele Polizeigebäude einer Verbesserung etc. Hier hatte die Politik in Person von Herrn Herrmann die Gelegenheit, auf die Sachzwänge, sprich Verteilungskämpfe innerhalb der einzelnen Ressorts, hinzuweisen. Auch das Kultusministerium hat Ansprüche, fordert mehr Lehrer, auch die Straßen und Brücken müssen modernisiert werden etc. Diese Zwänge binden auch den Inspekteur der bayerischen Polizei. Bei allem guten Willen, den durchaus berechtigten Wünschen der Polizeibeschäftigten gerecht zu werden, ist die Umsetzung doch sehr schwierig.

Es gab aber auch Reibungspunkte: Die Abkehr von alten Schichtmodellen liegt vielen Kollegen schwer im Magen und das taten sie auch kund. Thomas Hampel stellte klar, dass das Innenministerium von seinen drei Säulen (höchstens zehn Stunden Dienst, elf Stunden Pause zwischen

den Diensten und keine Personalmehrung) nicht abweichen wird. Hier zeigte sich, dass es auch innerhalb des Personals mehrere Gruppierungen gibt: Je weiter entfernt ein Beschäftigter von seiner Dienststelle wohnt, desto schneller werden die gesundheitlichen Vorteile kürzerer Schichtzeiten durch den Nachteil häufigerer Fahrten in den Dienst aufgehoben. Eine Lösung wäre hier die Einführung der 35-Stunden-Woche für Schichtdienstleistende. Und damit wäre man wieder beim Thema Verteilungskampf innerhalb des bayerischen Haushalts.

Die Podiumsdiskussion hat also ihren Zweck erfüllt und darüber hinaus noch einen enormen Zusatzwert erbracht: Im Erdinger Teil des Münchner Merkur erschien ein langer Bericht über die Sorgen und Nöte der bayerischen Polizei mit dem Aufhänger der Podiumsdiskussion.

Zur Nachahmung empfohlen!



AUS DEN BEZIRKEN

Unterfränkischer Polizeikongress mit Justizminister Bausback

Mehr als 110 Delegierte von allen Polizeidienststellen in Unterfranken waren der Einladung zum Unterfränkischen Polizeikongress mit Bayerns Justizminister Prof. Dr. Winfried Bausback gefolgt. Entsprechend dem Motto „Miteinander für unsere Sicherheit“ hatten die Gewerkschaft der Polizei und der Bund Deutscher Kriminalbeamter gemeinsam eingeladen.

Holger Zimmermann und Martin Auer, die beiden Vorsitzenden von GdP und BDK in Unterfranken, begrüßten erfreut die zahlreichen Kongressteilnehmer, die ein kurzweiliges Programm mit engagierten Beiträgen und Diskussionen erlebten.

„Die gemeinsame Liste für Alle“

Im internen Teil am Vormittag stand die Personalratswahl am 21. Juni im Mittelpunkt.

Für den gewerkschaftsunabhängigen Einsatz unserer Personalräte für alle Polizeibeschäftigten haben die rund 3000 Kolleginnen und Kollegen der unterfränkischen Polizei seit über zehn Jahren der gemeinsamen Liste 1 mit großer Mehrheit ihr Vertrauen geschenkt: 10 von 15 Personalräten, der Personalratsvorsitzende und seine beiden Vertreter – ein bewährtes starkes Team der gemeinsamen Liste.

Bei der Wahl 2016 treten in Unterfranken GdP, BDK und nicht organisierte Kolleginnen und Kollegen getreu ihrem Motto „Miteinander statt gegeneinander“ wieder gemeinsam auf Liste 1 an.

Fast 200 Kolleginnen und Kollegen aus allen Bereichen der unterfränkischen Polizei waren diesmal sogar bereit, sich auf der „gemeinsamen Liste für Alle“ einzusetzen.

„Gemeinsam für unsere Sicherheit“

Das Motto des Unterfränkischen Polizeikongresses steht für die Zusammenarbeit innerhalb der Polizei mit den Sicherheitsbehörden und der Politik.

Würzburgs Bürgermeisterin Marion Schäfer-Blake, Unterfrankens Po-

liceivizepräsident Olaf Schreiner und der „Hausherr“, Polizeidirektor Ludwig Härtl von der III. Bereitschaftspolizeiabteilung, hießen die Teilnehmer im großen Hörsaal der Würzburger Bereitschaftspolizei willkommen und freuten sich, als Ehrengast den bayer. Justizminister begrüßen zu können.

Peter Schall, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei in Bayern, und Hans Wengenmeir, Landesvorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, analysierten in überzeugenden Reden den „Ist-Stand“ bei Bayerns Polizei und sprachen mit den Delegierten über die gemeinsamen Ziele für die Zukunft:

Deutliche Personalverstärkung an den Basisdienststellen, mehr Beförderungsstellen, insbesondere nach A 9 +Z und A 11 in der 2. QE sowie nach A 12 in der 3. QE, Einstiegsamt A 10 für die 3. QE, endlich 5 Euro DUZ, Erhöhung der Polizeizulage auf 300 Euro angesichts des immer gefährlicheren polizeilichen Alltags, einer völlig neuen Terrordimension und gewaltiger Arbeitsmehrbelastung nicht nur durch die Flüchtlingskrise, eine neue Polizeiwaffe, bessere Schutzausstattung, spürbare Maßnahmen zur Reduzierung von Gewalt gegen Polizei, schnelle Einstellung von zusätzlichen Angestellten zur Entlastung der Polizeibeamten von Verwaltungsaufgaben, bessere Perspektiven im Tarifbereich und für dringend benötigte Spezialisten u. v. m.

Prof. Dr. Winfried Bausback, bayer. Staatsminister der Justiz, freute sich als Aschaffenburg über einen Unterfränkischen Polizeikongress von GdP und BDK Bayern und nahm als Ehrengast gerne teil. Zu Beginn seiner Rede erzählte der Minister, dass er schon wiederholt im Streifenwagen mitgefahren sei und z. B. bei einem nächtlichen Einsatz auch die Aggression gegen Polizisten miterlebt habe. Er zollte dem professionellen Einschreiten der von ihm damals begleiteten Polizeibeamtin und ihres Streifenkollegen großen Respekt, und als sich herausstellte, dass zufällig beide als Delegierte im Saal waren, hatte er das Publikum gleich auf seiner Seite.

Minister Bausback ging in seinem Vortrag mit praktischen Beispielen auf die Probleme von Justiz und Polizei bei der Bewältigung der Flüchtlings-

krise ein, wenn z. B. bis zu 800 Leute wegen Schleusungen und anderer Straftaten an der Südgrenze in Untersuchungshaft gingen. Der Datenaustausch mit nicht bayerischen Dienststellen sei da noch „optimierbar“, um allen die Arbeit zu erleichtern. Auch wenn man bei Wohnungseinbrüchen in Bayern eine Trendwende spüren könne, seien die hohen Zahlen nicht hinnehmbar. Dass bayer. Gesetzesinitiativen im Bundesrat, z. B. für die Möglichkeit der Telekommunikationsüberwachung bei allen Wohnungseinbrüchen, gerade von Bundesländern mit viel höheren Fallzahlen abgelehnt wurden, stieß bei den anwesenden polizeilichen Sachbearbeitern auf völliges Unverständnis.

Die Forderungen von GdP und BDK nach verschärfenden Gesetzesänderungen als Signal für Gewalttäter gegen Polizisten/-innen unterstützte der bayer. Justizminister ausdrücklich. „Die Täter sind Polizei und Justiz bei der Bekämpfung der Cyberkriminalität immer einen Schritt voraus, und es wird zunehmend schwerer, Spezialisten für diese Aufgabe zu gewinnen“, wurde Bausback vorgehalten. Der verwies darauf, dass man mit Kompetenzzentren in Zentralstellen bei der Justiz diese Problematik angegangen sei.

Die von den Praktikern der GdP und des BDK geforderten Verbesserungen bei der Vorratsdatenspeicherung unterstützte Bausback: „Die Regelungen sind zu kompliziert und der Straftatenkatalog nicht vollständig.“

Noch zahlreiche Themen wurden mit dem Minister besprochen, von besserer Prävention, mehr beschleunigten Verfahren, mangelnder Abstimmung zwischen Justizbehörden verschiedener Bundesländer, Adhäsionsverfahren für verletzte Polizeibeamte, konsequenter Abschiebung ausländischer Straftäter bis hin zum Problem von Polizeibeamten, die unmittelbar nach dem Nachtdienst als Zeuge vor Gericht geladen werden u. v. m.

Nicht unerwähnt blieben natürlich die großen Herausforderungen durch eine neue Dimension des Terrors, Gewalt gegen Polizeibeamte, Fußball- und Demoeinsätze, politisch motivierte Straftaten, Konfliktlagen im Zuge der Migration, Cyberkriminalität u. v. m. bis zu alltäglichen Problemen auf unterbesetzten Polizeidienststellen.



BePo testet neuen Körperschutz!



mannschaft prämiert. Sportlich waren die Mädels ebenso top wie in ihrer kampfeslustigen Einstellung, aber als mit Abstand leichtestes Team war es schwer, sich gegen die zumeist gemischten Teams durchzusetzen. Gewinnen war aber ohnehin egal, da das gemeinsame sportlich-spaßige Kräfteressen im

Mittelpunkt stand und jeder Teilnehmer einen Preis erhalten hat.

Aber nicht nur Dachau bubbelt ... am Tag danach erlebte die **V. BPA in Königsbrunn**, was die GdP an Trends zu bieten hat. Beindruckend war hier die Menge des Publikums, das den hohen Einsatz der Teams mit Applaus und motivierenden Zurufen bedachte ... und beim nächsten Mal selbst mitspielen will! Moderator Markus Schirmer, Organisator Gerhard Krämer und Schiedsrichter Thomas König freuten sich, hier sogar ein Team der Signal-Iduna begrüßen zu können. Mit Fitness konnte auch unser Versicherungspartner voll und ganz überzeugen, aber letztlich machten zwei

BiA-Teams im spannenden Finale den Sieg unter sich aus.

Markus Schirmer;
Fotos: Manfred Schilka

Nein, kein dienstlicher Hintergrund! Spaß und Miteinander' waren das Ziel, als es wieder hieß: Buuuuuu-ubble-Soccer!

In der **VI. BPA Dachau** war das 1. Bubble-Soccer-Turnier im letzten Jahr ein so großer Erfolg, dass eine Wiederholung eingefordert worden war. So war es auch kein Wunder, dass am 30. 3. 2016 sogar zwölf Teams in der Turnhalle am Start waren, um den Bumperz und ihrem Körper alles abzuverlangen. Harte Tacklings, schöne Tore und ein faires Miteinander prägten das Turnier. Als Tor des Tages wurde von Organisator Christian Neuwirth das einzige Tor der am Start befindlichen reinen Frauen-



1. GdP FIFA PS4-Turnier

Auch in Würzburg war man sportlich. Unter der Regie von Ralph Küttenbaum wurde dort bereits im Februar das 1. GdP FIFA PS4-Turnier veranstaltet. 30 Mannschaften zu zwei Spielern fochten um den Titel. Schließlich setzte sich das Team des 10. AS, Kern/Meier, durch.

Ein voller Erfolg, so die einhellige Meinung!



Spende für die Kinderklinik Harlaching

Zu Ostern spendete die Gewerkschaft der Polizei (GdP) 1000 € für die Harl.e.kin-Frühchen-Nachsorge (Schirmherren sind Oberbürgermeister Dieter Reiter und Alt-Oberbürgermeister Christian Ude), die an den Münchner Kinderkliniken Harlaching und Schwabing seit einigen Jahren fest etabliert sind. Der stellv. Vorsitzende der Bezirksgruppe München, Personalrat Rainer Pechtold, kam eigens auf die Frühgeborenenintensivstation der Kinderklinik Harlaching, um den Spendenscheck an Chefarzt Prof. Walter Mihatsch, Prof. Reinhard Roos vom Harlekin e.V. und Harlekin-Nachsorgeschwester Veronica Eisele zu übergeben.



Peter Bartl in den Ruhestand verabschiedet

Zum 1. 4. 2016 wechselte Peter Bartl den Dienstherrn. Nach 40 Jahren beim Freistaat Bayern ist jetzt seine Frau die Chefin im Ring. **40 Jahre** – diese Zahl zieht sich bei Peter Bartl durch wie ein roter Faden. Über 40 Dienstjahre – davon 40 Jahre Schichtdienst! – 40 Jahre bei der gleichen Dienststelle, der PI Nürnberg-West und auch 40 Jahre in der Dienstgruppe „D“! Und natürlich 40 Jahre GdP – Kreisgruppe Nürnberg, deren stellvertretender Kreisvorsitzender er war. Da bleibt uns nur, DANKE zu sagen – für die Treue, seine Hilfe und das Engagement für die GdP und für seine Kollegen im Schichtdienst – das war immer sein besonderes Anliegen. Für den Schichtdienst hat er immer und überall gekämpft, aber u. a. auch für die Dienststellenneubauten der PI Nürnberg-West und der PI Nürnberg-Süd, wie auch bei Demos in ganz Deutschland für die Anliegen der GdP.

Wir wünschen Dir alles Gute für Deinen neuen Lebensabschnitt, genieße ihn noch lange Zeit und: Deiner Verbundenheit zur GdP sind wir uns gewiss.

Norbert Schwab



GUT GERÜSTET DEN SOMMER GENIESSEN!

DAS MUST-HAVE

Fliegenklatsche „Polizeikelle“

DPMA registriertes eingetragenes Design



Bestellungen unter:
www.gdpservicegmbh.de
oder 089/578388-28

30 cm Griff mit Aufdruck
Netzteil ca. Ø 10 cm, gesamt Ø 14 cm

2,95 € zuzügl. Versandkosten



AUS DEN BEZIRKEN



**BG Niederbayern beim Flüchtlings-symposium
der GdP in Berlin**

In einer Zeit, in der weiterhin die Flüchtlingssituation Hauptthema in den Medien, in der Politik und letztlich auch bei unseren Kolleginnen und Kollegen ist, veranstaltete die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ein Flüchtlings-symposium vom 20. bis 21. April 2016 in Berlin. Durch eine große Anzahl hochka-rätiger Referenten von Landes- und Bundespolizei, Journalisten sowie Vertretern der Sicherheitswirtschaft und wohltätigen Verbänden wurde die Flüchtlingssituation aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet und darüber

diskutiert. Auch die Delegation aus Niederbayern konnte hier ihre Erfahrungen einbringen und Aspekte aus ande-ren Bereichen aufgreifen.

